

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Ivo Samson

**Der widerspruchsvolle Weg  
der Slowakei in die EU.  
Die Slowakei vor der  
Marginalisierung in Zentra-  
leuropa?**

**Discussion  
Paper**

C 31  
1999

Dr. Ivo Samson, Jahrgang 1955, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum der Slovak Foreign Policy Association in Bratislava. Studium der Geschichte an der Universität Brno und 1997 Promotion an der Justus-Liebig-Universität Gießen über „Die Sicherheits- und Außenpolitik der Slowakei in den ersten Jahren der eigenen Staatlichkeit“. Forschungsaufenthalte in Jena, Gießen und Florenz. 1998 war Ivo Samson als Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung tätig.

Publikationen: Geschichte der Tschechoslowakei nach 1945 [in Zusammenarbeit mit Hans Renner; Originaltitel: Dejiny Československa od roku 1945] (Bratislava 1993); Der Prozeß der Integration der EFTA und der Visegrad-Länder in die Europäische Union [Originaltitel: Začlenovanie krajín EZVO a Visegrádskej skupiny do Európskej unie] (Bratislava 1995); Die Integration der Slowakei in das Sicherheitssystem des Westens [Originaltitel: Integrácia Slovenska do bezpečnostného systému Západu] (Bratislava 1997); sowie zahlreiche Aufsätze.

*Ivo Samson*

# **Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.**

## **Die Slowakei vor der Marginalisierung in Zentraleuropa?**

### **1. *Die doppelte Integrationsaufgabe***

Die Slowakische Republik betrat am 1. Januar 1993 die europäische internationale Szene der 1. Hälfte der neunziger Jahre mit einer doppelten Aufgabe: erstens war es nötig, die gewonnene eigene Staatlichkeit zu stärken, zweitens war es erforderlich, den Staat durch eine Integration in europäische internationale Organisationen zu konsolidieren. Die erste Aufgabe war verhältnismäßig leicht zu erreichen, weil dem neuen Staat keine äußeren Hindernisse im Wege standen. Durch eine friedliche Trennung der Tschechoslowakei<sup>1</sup> und der darauf gegründeten legitimen Nachfolge erreichte das Land praktisch sofort die breite internationale Anerkennung. In der Slowakei herrschte damals eine eindeutige Übereinstimmung über die Prioritäten der Außenpolitik vor, bei denen die Mitgliedschaft in der EU (EG) und der NATO dominierte. Der Slowakei gelang jedoch ein internationaler Durch

---

<sup>1</sup> Seit 1990 wurde in dem slowakischen Teil der tschechoslowakischen Föderation der Name des gemeinsamen Staates als „die Tschecho-Slowakei“ angegeben.

bruch nur an der „durchlässigsten“ Stelle, als sie im Jahre 1993 Mitglied des Europarates wurde.<sup>2</sup>

Der anfängliche Kurs in Richtung Integration wurde schrittweise durch eine abwartende und abweichende Politik ersetzt, die in den Jahren 1996 und 1997 zu einer expliziten Ablehnung der Integration in die EU und insbesondere in die NATO seitens eines Teiles der Regierungskoalition führte.<sup>3</sup> In dem gesamten Zeitraum 1994 bis 1998 manifestierte sich in der slowakischen Politik immer deutlicher ein klarer Mangel an einer bewußten sowohl innen- als auch außenpolitischen Konzeption. Schon einige Monate nach der Entstehung des selbständigen Staates zeigte sich, daß die Gründung des Staates grundsätzlich unvorbereitet war. Abgesehen von der kurzen Existenz des slowakischen Kriegsstaates 1939 bis 1945, dessen Unabhängigkeit und Legitimität bezweifelt wird, fehlt es den Slowaken, die sich erst sehr spät - in der 2. Hälfte des 19. Jh. - als Nation konstituierten, die Tradition der Staatlichkeit. Die nationalistischen Repräsentanten, die den nationalen Staat 1993 übernahmen, versuchten diesen Mangel durch mythisierende Ausführungen über „tausendjähriges Streben“ nach Unabhängigkeit nachzuholen. Das ändert jedoch nur wenig an der Tatsache, daß der selbständige Staat der slowakischen Seite praktisch von dem tschechischen Partner aufgezwungen wurde und daß die Teilung gegen den Willen

---

<sup>2</sup> Obwohl die Aufnahme der Slowakei in den Europarat am Anfang auf Vorbehalte Ungarns stieß, wurde sie zuletzt mit der Bedingung aufgenommen, binnen sechs Monaten den Komplex der Minderheitenfragen in Einklang mit den allgemein akzeptierten europäischen Normen zu bringen. Bis 1998 geschah dies jedoch nach Ansicht der ausländischen Beauftragten für die Probleme der Minderheiten nicht. Siehe in: U.S. Department of State Human Rights Report for 1997, Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, 30.1.1998.

<sup>3</sup> Während das bei weitem stärkste Subjekt der Koalition – die Bewegung für die Demokratische Slowakei (HZDS) - in der Frage der Integration formell als integrationsfreundlich auftrat, zogen die beiden anderen Parteien - die Slowakische Nationalpartei (SNS) und die Vereinigung der slowakischen Arbeiter (ZRS) - die Integration in die EU und insbesondere in die NATO in Zweifel.

der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung stattfand.<sup>4</sup> Diese unvorbereitete Teilung hatte notwendigerweise zur Folge, daß eine große Menge der Slowaken, in erster Reihe die Eliten, sich mit der Desintegration der Föderation und mit dem neuen Staat nicht voll identifizieren konnte. In der Regel gehören diese Leute zusammen mit der jüngsten Generation, die den selbständigen Staat jedoch schon als eine Selbstverständlichkeit empfindet, zu den größten Anhängern der Integration in die NATO und die EU. Das national orientierte und die Regierung bildende politische Spektrum hat sich von der Integrationsidee immer mehr entfernt, bzw. begann, sie nur mit einer Reihe von Bedingungen hinzunehmen. Es hat sich auch bald gezeigt, daß die Initiatoren der Verselbständigung der Slowakei für den neuen Staat keine klare Konzeption und keine Strategie hatten. Als Führer eines Nachfolgestaates der Tschechoslowakei haben sie deshalb 1993 nur mechanisch die Integrationsideen der Föderation aufgegriffen, um den Kontakt dadurch schrittweise zu schwächen.<sup>5</sup>

## **2. Aufnahme der Beziehungen zur EU (EG)**

Aus der Sicht der unabhängigen Slowakei hat man noch vor der Inkraftsetzung des slowakischen Assoziierungsabkommens die folgenden bilateralen Kontakte zur EG aufgenommen:

- *Das Handelsabkommen*, das die Tschechoslowakei im Dezember 1988 für die Dauer von vier Jahren mit der EG unterzeichnete und das auf Industrieprodukte beschränkt war.

*Das Abkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit* vom Mai 1990 wurde für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Das Ab-

---

<sup>4</sup> Zur Zeit der Verhandlungen über die Teilung der Föderation und sogar noch Monate nach der Teilung ergaben die Meinungsumfragen, daß die absolute Mehrheit der slowakischen Bürger im Falle einer Volksabstimmung gegen die Teilung der Tschechoslowakei gestimmt hätte. Vgl.: Bútorá, M., Bútorová, Z.: Die unerträgliche Glattheit der Scheidung, in: Europäische Rundschau, Nr. 93/2, S. 93-107.

<sup>5</sup> Vgl.: Alner, J.: Integracné procesy na Slovensku („Die Integrationsprozesse in der Slowakei“), in: Bútorá, M.; Ivantysyn, M.: Slovensko 1997. Súhrnná správa o stave spoločnosti a trendy na rok 1998 („Die Slowakei 1997. Der umfassende Bericht über den Stand der Gesellschaft und die Trends für 1998“), Bratislava 1998, S. 245-246.

kommen betraf außer den Industrieprodukten auch landwirtschaftliche Produkte, Energiefragen und nukleare Sicherheit.

- Die Ausdehnung des *PHARE-Programms* auf die Tschechoslowakei durch den Beschluß des EG-Rates.
- Das zwischen der EG und der Tschechoslowakei unterzeichnete *Assoziierungsabkommen* vom Dezember 1990.
- Die Inkraftsetzung *des provisorischen Handelsabkommens*, das zusammen mit dem föderalen Assoziierungsabkommen unterzeichnet wurde und das dieses Assoziierungsabkommen bis zur beiderseitigen Ratifizierung ersetzte. Damit trat das slowakische Assoziierungsabkommen, über das neu verhandelt worden war, in Kraft.<sup>6</sup>

### **3. Voraussetzungen für die Integration der Slowakei**

Die Integrationsideen der föderalen (tschechoslowakischen) und der slowakischen Politik unterschieden sich Anfang der neunziger Jahre nur minimal. Schrittweise machte sich jedoch die Betonung des „eigenen Weges“ in der Slowakei insofern bemerkbar, als man eine von Prag getrennte Integrationspolitik forderte.<sup>7</sup>

Die Entwicklung in der Slowakei erlebte in der Periode zwischen 1989/90 und 1992/93 größere Probleme, weil im Unterschied zum tschechischen Teil des gemeinsamen Staates zum einen eine schnellere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwartet wurde und zum anderen die Ausgangsposition der slowakischen Ökonomie ungünstiger war.

Während das Bruttosozialprodukt im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 ununterbrochen sank, stiegen die Verbraucherpreise und die Arbeitslosigkeit dramatisch an. Mit Blick auf die Attraktivität der Slowakei für die EG

---

<sup>6</sup> Vgl.: European Union - Slovak Republic Relations, in: Materialien des Außenministeriums der Slowakei - PHARE, Januar 1994.

<sup>7</sup> Ende der neunziger Jahre mag es als Paradox erscheinen, daß die als integrationsfreundlich und pro-westlich betrachteten Christdemokraten die ersten waren, die durch ihren Vorsitzenden Ján Carnogurský einen „selbständigen slowakischen Stern“ in der ehemaligen EG anstrebten.

war ihre Ausgangsposition nicht schlechter als die der anderen zentraleuropäischen Länder. Weniger aber im Vergleich zur Tschechischen Republik, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre an die Spitze der ökonomischen Entwicklung der Visegrád-Gruppe gelangte und in der sich die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen erst seit 1997 voll äußern. Von der ehemaligen Föderation übernahm die Slowakei eine relativ niedrige Verschuldung in Höhe von ca. 26% des jährlichen Bruttosozialproduktes. Die Verschuldung gegenüber der Tschechischen Republik betrug zur Zeit der Trennung ca. 900 Millionen Koruna.<sup>8</sup>

Die Ausgangsposition der Slowakei nach der Teilung der Föderation war also relativ gut. Sie partizipierte auch am schon im Jahre 1990 in die Tschechoslowakei eingeführte PHARE-Programm, von dessen finanziellem Umfang der Slowakei ein Drittel zugeteilt wurde. Dieses Programm hat bestimmte Spezifika und sein Ziel ist es, der Slowakei dabei zu helfen, auch die institutionellen Bedingungen für den EU-Beitritt zu erfüllen. In dieser Hinsicht kam es in der Slowakei erst später zu Schwierigkeiten mit der EU, was mit der Spannung zwischen der EU und der Slowakei seit Ende 1994 zusammenhängt.

#### **4. *Das Grundabkommen zwischen der Slowakei und der EU***

Das Assoziierungsabkommen vom Oktober 1993 bleibt das bedeutsamste internationale Abkommen, das die slowakische Regierung nach der Teilung des ehemaligen tschechoslowakischen Staates unterzeichnet hat. Es legt fest, daß im Laufe von zwei jeweils fünfjährigen Phasen eine Freihandelszone geschaffen wird und die Rechtsnormen der Slowakischen Republik an die der EU angeglichen werden. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EG und der Tschechoslowakei hatte man zwar schon im Jahre 1991 unterschrieben, aber wegen der bevorstehenden Teilung des Staates wurde es nie ratifiziert. Obwohl das slowakische Assoziierungsabkommen erst am 1. Februar 1995 in Kraft trat, war es dank des provisorischen Handelsab-

---

<sup>8</sup> Vgl.: Ondrcka, P.: Die Integrationsfähigkeit der assoziierten Staaten, Bratislava 1994.

kommens faktisch bereits ab dem 1. März 1992 gültig. Das bedeutet, daß die Slowakei theoretisch am 1. März 1997 bereits die Hälfte der Wartezeit bis zur vollen EU-Mitgliedschaft hinter sich gebracht hat.

Die zweifellos wichtigsten Abschnitte des slowakischen Assoziierungsabkommen befassen sich mit der Handelspolitik, die zwei Prinzipien verfolgt: den asymmetrischen Abbau der Zölle und anderer Handelsschranken mit dem Ziel des Freihandels in zehn Jahren sowie die Beschränkung des Freihandels auf Industriewaren. Schutzmaßnahmen können von beiden Seiten ergriffen werden, wenn der Handel Störungen auf dem einheimischen Markt oder schwerwiegende Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz verursacht. Dies betrifft nicht die Landwirtschaft. In diesem Bereich schützt die EU (schon zu Zeiten der EG) traditionell ihre Märkte, was für die Slowakei im Unterschied zu Polen und Ungarn kein ernstes Problem darstellt.<sup>9</sup>

In der seit 1994 jedoch immer weniger transparenten slowakischen Europa-Strategie kommt der EU in mehrfacher Hinsicht eine zentrale Rolle zu. Einer der Streitpunkte der slowakischen Integrationsbefürworter ist, welche Integration vorrangig ist: die in die NATO oder die in die EU. Von der Tatsache abgesehen, daß die NATO-Mitgliedschaft für jedes Land - gerade auch in Zentraleuropa - psychologisch ungeheuer wichtig ist, betrachtet man die EU als eine Institution mit Modernisierungsmonopol, die der sonst erfolgreichen slowakischen Wirtschaft zusätzliche Wachstumsimpulse geben, die technologische Entwicklung beschleunigen und den Marktwechsel durch bessere Zugangsbedingungen erleichtern kann.

Die Assoziierung sollte - aufgrund der Bemühungen, die Bedingungen der Assoziierungsabkommen zu erfüllen - die Struktur der intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen in der CEFTA-Subregion beeinflussen. In der Slowakei wird jedoch der Wert der Assoziierung fast ausschließlich im ökonomischen Bereich gesehen.<sup>10</sup> Damit verbunden ist die Verpflichtung,

---

<sup>9</sup> Die ausführliche Analyse des slowakischen Assoziierungsabkommens in: Samson, I.: *Začlenovanie krajín EZVO a Visegrádskej skupiny do Európskej Únie* („Die Eingliederung der EFTA- und der Visegrád-Länder in die EU“), Bratislava 1995, S. 93-108.

<sup>10</sup> Dies entspringt eher einer aus dem Text des Assoziierungsabkommens sich ergebenden optischen Täuschung, denn der politischen Dimension wird in dem gesamten



die Harmonisierung der Rechtsnormen vorzunehmen. Die Verpflichtung, den *acquis communautaire* anzunehmen, ist für alle Assoziierungsländer die schwierigste aus dem Abkommen resultierende technische Aufgabe.<sup>11</sup> Dazu wird es erforderlich sein, bestehende Gesetze grundlegend zu überarbeiten, während in anderen Fällen, in denen einschlägige Gesetze fehlen, die Rechtsvorschriften der EU als Grundlage zu nehmen sind. In der Slowakei sind die Organe, die legislative Initiativen entwickeln (praktisch die Ministerien), verpflichtet, sich im Rahmen ihrer Kompetenz an die EU-Legislative zu halten. Jedem Gesetzentwurf muß das Ministerium die sog. „Harmonisierungsklausel“ beifügen, in der das Verzeichnis der bei dem Gesetzentwurf berücksichtigten EU-Normen steht. Die EU (und die slowakische Opposition) auf der einen und die slowakische Regierung auf der anderen Seite unterscheiden sich grundsätzlich in der Beurteilung der slowakischen Erfolge auf dem Gebiet der Rechtsangleichung. Die in der Opposition stehenden Fachleute beurteilen die Rechtsangleichung als außerordentlich mangelhaft<sup>12</sup>, die Regierungsexperten dagegen als perfekt.<sup>13</sup>

Auf dem Kopenhagener Gipfeltreffen im Juni 1993 hat der Europäische Rat das Ziel der Unionsmitgliedschaft für die assoziierten Länder deklariert und sich auf die Notwendigkeit geeinigt, zu den ostmitteleuropäischen assoziierten Staaten eine „strukturierte institutionalisierte Beziehung“ aufzu-

---

Abkommen kaum eine volle Seite gewidmet. Man setzt einfach die Annäherung der politischen Kultur zwischen der EU und dem Assoziierungsland fest, was jedoch einen enormen Umfang von demokratischen Verpflichtungen im Einklang mit allgemeinen, in Westeuropa gültigen Normen bedeutet.

<sup>11</sup> Im Vergleich dazu mußte das Nachbarland Österreich, das jahrzehntelang in freier Marktwirtschaft lebte, vor der Aufnahme in die EU rund 55.000 Rechtsnormen dem *acquis* anzupassen.

<sup>12</sup> Der ehemalige Außenminister E. Kukan findet in dieser Hinsicht ein schweres Defizit der Slowakei im Vergleich mit den anderen Visegrád-Ländern: „Die Polen und Ungarn haben ungefähr 60-80 Experten, die sich mit der Frage der Rechtsangleichung das ganze Jahr hindurch beschäftigen. Im Gegenteil, in der Slowakei ist der Prozeß der Rechtsangleichung der rechtlichen Normen ganz unbefriedigend. Die Slowakei hatte einen späten Start und die Personalkapazität ist voll ungenügend“, in: Sme, 29.3.1996.

<sup>13</sup> K. Tóthová, Vizevorsitzende der Regierung für die Legislative, in: Slovenská republika, 11.9.1998.

bauen. Dafür stellte er außer rein ökonomischen Bedingungen auch die Forderung nach Stabilität der Institutionen, Garantie der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Beachtung und Schutz von Minderheiten.

Verglichen mit dem NATO-Beitritt steht die slowakische Öffentlichkeit dem EU-Beitritt viel positiver gegenüber. Die Meinungsumfragen haben bisher gezeigt, daß sich in der Regel mehr als die Hälfte der Befragten für den EU-Beitritt aussprach, während der Anteil der Beitrittsgegner zwischen 10 und 20% lag. Die veröffentlichten Ergebnisse dürfen jedoch nicht im nominalen Wert hingenommen werden. Laut repräsentativer Meinungsumfragen sprachen sich zum Beispiel im April 1998 79% der Befragten für die Integration der Slowakei in die EU aus.<sup>14</sup> Nach einer komparativen Studie der USIS unterstützten in den Jahren 1995 bis 1997 den EU-Beitritt 79, 71 bzw. 81% der Bürger, also mehr als zum Beispiel in Tschechien oder in Ungarn.<sup>15</sup> Die näheren Umstände der Umfragen haben jedoch gezeigt, daß ein großer Teil der EU-Befürworter den Beitritt mit (von der EU inakzeptablen) Bedingungen verknüpft (Ablehnung des freien Marktes, der Privatisierung, der Auslandsinvestitionen usw.).<sup>16</sup>

##### **5. *Der Prozeß der Implementierung des Assoziierungsabkommens in der Slowakei***

Für die Implementierung des Assoziierungsabkommens wurde auf dem Boden des Außenministeriums ein spezielles Organ gebildet, das infolge der schnell wechselnden Außenminister einige Namensänderungen durchmachte.<sup>17</sup> Seine Aufgabe besteht darin, als Dachorgan der Ministerien die

---

<sup>14</sup> Vgl.: *Názory občanov na vstup do EÚ* („Die Meinungen der Bürger auf den EU-Beitritt“), IVO, Bratislava 5.5.1998.

<sup>15</sup> *Obyvatelia strednej a východnej Európy vyjadrujú podporu vstupu do EÚ* („Die Einwohner Mittel- und Osteuropas sind für den EU-Beitritt“), Bratislava, USIS 1997.

<sup>16</sup> Vgl: Alner, J.: *Integracné procesy na Slovensku* („Die Integrationsprozesse in der Slowakei“), in: Bútorá, M.; Ivantysyn, M., Bratislava 1998, S. 254.

<sup>17</sup> Zum Beispiel *Rada vlády pro európsku integráciu* („Rat der Regierung für die europäische Integration“) oder *Rada vlády SR pre uplatňovanie európskej dohody* („Rat

Implementierung des Assoziierungsabkommens zu koordinieren. Als gemischte Institutionen, in denen Vertreter der EU und der Slowakei sitzen, betätigten sich der *Assoziierungsrat* (zusammengesetzt aus Experten des EU-Rates und der slowakischen Regierung) und das gemeinsame *Interparlamentarische Komitee für die Assoziierung der Slowakei in die EU* (zusammengesetzt aus dem Europäischen Parlament (EP) und dem Nationalrat der Slowakei). Im Jahre 1997 wurde im Parlament das *Komitee des Nationalrates der Slowakischen Republik für Europäische Integration* gegründet. Insgesamt wurde vor den Parlamentswahlen im September 1998 die Integrationstätigkeit von dem Vizevorsitzenden der Regierung für die europäische Integration koordiniert. Dieser Vorsitzende war zugleich Vorsitzender des *Rates der Regierung für die Integration der Slowakei in die EU*. Die Regierung hat auch einen Vorsitzenden für die Legislative, der für die Rechtsangleichung verantwortlich ist<sup>18</sup>, außerdem existieren im Regierungsamt noch drei weitere Institutionen, die sich mit der EU-Integration befassen. Man kann also feststellen, daß quantitativ und formell die Slowakei über grundsätzliche Integrationsinstitutionen verfügt.

Den bisherigen Höhepunkt der EU-freundlichen Stimmung erreichte die Slowakei jedoch ohne Zweifel im Laufe des Jahres 1994<sup>19</sup>, als das Land noch ein hohes internationales Ansehen genoß und die Koalitionsregierung den Versuch unternahm, den ansetzenden Prozeß der Entfremdung der Slowakische Republik von den übrigen drei subregionalen Visegrád Partnern aufzuhalten. Die Integrationspolitik hatte zu dieser Zeit absoluten Priorität in der Innen- und der Außenpolitik.<sup>20</sup>

---

der Regierung der Slowakischen Republik für die Implementierung des Europa-Abkommens“).

<sup>18</sup> Vgl. Fußnote Nr. 13.

<sup>19</sup> Nachdem das slowakische Parlament im März 1994 dem Ministerpräsidenten Meciar das Mißtrauen erklärt und die Regierung gestürzt hatte, wurde bis zu den vorzeitigen Wahlen im September 1994 eine bunte Regierungskoalition mit der Partizipation oder Unterstützung der Christdemokraten, Postkommunisten, Liberalen und ungarischen Parteien gebildet.

<sup>20</sup> „Das langfristige strategische Ziel der Außenpolitik der Slowakischen Republik ist die Integration in die Europäische Union. Die Erreichung der Assoziierung zur Europäischen Union stellt nur die erste Voraussetzung dafür dar. Die angestrebte Voll-

Obwohl auch die aus den Wahlen Ende 1994 hervorgegangene Regierung dieses Ziel wiederholt betont hat, erreichte die Slowakei bezüglich der Integrationsfähigkeit nie mehr die Glaubwürdigkeit, die sie 1994 genoß. Die Slowakei beantragte die Vollmitgliedschaft in der EU offiziell im Juni 1995, also nach der ersten Welle der Kritik seitens der EU.<sup>21</sup> Dem Gesuch wurde das „Memorandum der Regierung der Slowakischen Republik“ beigelegt, in dem man in vierzehn Punkten angab, warum die Slowakei um das Jahr 2000 die Vollmitgliedschaft in der EU erreichen will.

Die Slowakei begründete ihren Schritt - das Gesuch um die Vollmitgliedschaft - außer mit geschichtlichen und ökonomischen Voraussetzungen folgendermaßen:

- das Land erfüllt die auf den Gipfeltreffen in Kopenhagen und Essen festgelegten Bedingungen;
- die Entwicklung in der Slowakei beweist, daß die demokratischen Institutionen richtig verankert sind;
- trotz verschiedener politischer Veränderungen ist das Verfassungssystem stabil;
- die Unabhängigkeit der Medien wird in der Slowakei voll gewährleistet;
- die Slowakei setzt alles daran, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene in das sich neu formierende Europa integriert zu werden.<sup>22</sup>

---

mitgliedschaft in der EU, auf die sich die Slowakei schon im Laufe der Assoziierungszeit vorbereiten muß, basiert auf der Erfüllung der ökonomischen und politischen Kriterien und auf den Resultaten der Annäherung der Rechtsordnung der Slowakei und der EU“, aus: Návrh institucionalizácie procesu uplatňovania Európskej dohody o pridružení Slovenskej republiky k Európskej únii („Der Vorschlag der Institutionalisation des Prozesses der Implementierung des Europäischen Abkommens über die Assoziierung zur Europäischen Union“), von Außenminister E. Kukan der slowakischen Regierung vorgelegt, Bratislava, August 1994.

<sup>21</sup> Das Gesuch wurde am 27.6.1995 dem französischen Außenminister H. de Charette in Cannes überreicht, der bemerkte, daß „dieser Schritt große Bemühungen um wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Transformation in der Slowakei voraussetzt“. Siehe: Pravda, 28.6.1995.

<sup>22</sup> Vgl.: Sme, 28.6.1995.

Das Memorandum wurde jedoch weder der Öffentlichkeit noch dem Parlament zur Diskussion vorgelegt, was der verschlossenen Integrationspolitik entsprach, die praktisch bis 1998 fortgesetzt wurde.<sup>23</sup>

Die im Memorandum enthaltenen Behauptungen wurden jedoch mehrmals als nicht der Wahrheit entsprechend kritisiert. Die Existenz rechtsstaatlicher Strukturen in der Slowakei ist zwar offiziell durch die Slowakische Verfassung gesichert, aber die Verfassung selbst erwies sich in mancherlei Hinsicht als vollkommen inkonsistent und widersprüchlich. Einige Unklarheiten gelang es nur mit Hilfe des Verfassungsgerichtes zu klären, andere geben regelmäßig Anlaß zu politischen Kämpfen um ihre Auslegung. Aus diesem Grund werden oft Regierungsentscheidungen getroffen, die offensichtlich gegen die Verfassung verstoßen, was zur wiederholten Kritik seitens der EU führt. Nach Meinung vieler Rechtsexperten verabschiedete das slowakische Parlament eine Reihe von Gesetzen, die auch aus der Sicht der mangelhaften Verfassung verfassungswidrig sind.<sup>24</sup> Es wird angenommen, daß die in der mangelhaften slowakischen Verfassung garantierten Freiheitsrechte noch nicht als „selbstverständliche Transformationsbedingung“ vorausgesetzt werden.<sup>25</sup>

Wie der ehemalige deutsche Generalkonsul in Bratislava, D. Bricke, bemerkte<sup>26</sup>, herrschen in der Slowakei andere besorgniserregend Zustände,

---

<sup>23</sup> Diese Politik bringt oft sehr konfuse Vorstellungen nicht nur über die EU-Mitgliedschaft der Slowakei (siehe oben) sondern insbesondere auch in Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft. Die Zahl der Befürworter und der Feinde des NATO-Beitritts war in den Jahren 1993 bis 1997 relativ ausgewogen, im Jahre 1998 überwogen dann deutlich die Befürworter; vgl.: Bútorová, Z.: Verejná mienka („Die öffentliche Meinung“), in: Bútor, M.; Ivantysyn, 1998, S. 215. Ein Teil der NATO-Anhänger ist gemäß den Meinungsumfragen jedoch der Meinung, daß die NATO-Mitgliedschaft des Landes mit der Neutralität vereinbar ist.

<sup>24</sup> Vgl.: Simko, I.: Kritické miesta Ústavy Slovenskej republiky („Kritische Passagen in der Verfassung der Slowakischen Republik“), Bratislava 1996, Klub Windsor, S. 3-24.

<sup>25</sup> Vgl.: Schneider, E.: Die Slowakei im Jahre zwei: Die Ära Meciar, Aktuelle Analysen des BIOST, Nr. 25/1994, Köln.

<sup>26</sup> Bricke, D.: Die Slowakei auf dem Wege in die Europäische Union, Arbeitspapiere der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen, Juni 1995.

die zum Objekt ständigen Monitorings gemacht werden sollten. So werden in der Slowakei folgende Prinzipien nicht konsequent verfolgt: faktische Gewaltenteilung, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewaltmonopol des Staates, Schutz von Minderheiten und Andersdenkenden, Meinungsfreiheit insbesondere in Parteien und Medien, Dezentralisierung und Föderalisierung der Regierungsgewalt und die demokratische Bürgerbeteiligung auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Bei der Implementierung des Assoziierungsabkommens und der anderen sich aus den nachfolgenden Gipfeltreffen der EU ergebenden Verpflichtungen kam es bald zur Kollision der Vorstellungen der EU und der Interessen der slowakischen Regierung in bezug auf die Anwendung des PHARE-Programms.

Die Regierung hat zuerst dem Vorschlag des Indikativprogramms des PHARE-Programms für die Jahre 1995 bis 1999 zugestimmt.<sup>27</sup> Es handelt sich schon um das zweite mehrjährige PHARE-Programm für die Slowakei. Die Hilfe beläuft sich diesmal auf 200 Millionen ECU, was 40 Millionen ECU jährlich bedeutet. Nach diesem Vorschlag sollten die vom PHARE-Programm gewährleisteten Fonds für folgende Prioritäten verwendet werden:<sup>28</sup>

- Privatisierung/Restrukturalisierung: 50-60%;
- Entwicklung der sog. menschlichen Ressourcen: 20-25%;
- Infrastruktur: 10-20%;
- öffentliche Verwaltung: 10-20%.

Wegen der Beschränkungen Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der Slowakei und der Vorwürfe der Intransparenz der Privatisierung verlangte die EU jedoch ein Mitentscheidungsrecht im Privatisierungsprozeß und eine Veränderung des Parlamentsgesetzes, das die Aktivitäten der NROs beschränkt. Die slowakische Regierung lehnte im Laufe der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission in Bratislava im Oktober 1996 die Bedingungen der EU ab und schlug vor, die für das Jahr

---

<sup>27</sup> Auf der Regierungssitzung vom 4.7.1995.

<sup>28</sup> Vgl.: Hospodárske noviny („Wirtschaftszeitung“), 11.7.1995.

1996 bestimmte Summe entweder zu senken und keine Bedingungen mehr zu stellen oder die gesamte Hilfe auf das Jahr 1997 zu verschieben.<sup>29</sup> Die PHARE-Hilfe für die Slowakei sieht für 1998 die Summe von 44 Millionen ECU vor, wobei die künftige Konzeption das Verhältnis zwischen direkten Investitionen (70%) und Nichtinvestitionen (30%) im Einklang mit dem neuen Partnerschaftsprojekt regelt.<sup>30</sup> Auch die neue aus den Wahlen in September 1998 hervorgegangene Regierung wird notwendigerweise ihre Politik bezüglich des PHARE-Programmes neu konzipieren und die zur Verfügung gestellten Mittel für Zwecke anwenden müssen, für die sie bestimmt sind (zum Beispiel für die Entwicklung der Minderheitenrechte).

Die PHARE-Kontroverse war nicht die erste Unstimmigkeit zwischen der Slowakei und der EU. Die Spannung begann sich gleich nach den vorzeitigen Wahlen Ende 1994 zu zeigen. Im Laufe der Zeit wurde deutlich, daß ähnlich wie im Falle der NATO der Beitritt der Slowakei vom Beitritt der übrigen Visegrád-Länder sowohl fachlich als möglicherweise auch politisch abgekoppelt werden soll. Im Gegensatz zu den zentraleuropäischen Nachbarn hat die Slowakei ein enormes Problem mit der Supranationalität, denn sie verfolgt gleichzeitig zwei Ziele: Erstens den Aufbau einer nationalen Identität und zweitens die Integration in eine supranationale Gruppierung von Ländern.

Der Aufbau der nationalen Identität wird oft als Entschuldigung dafür angeführt, daß man einen anderen Integrationskurs nimmt als die übrigen integrationswilligen Staaten. Demgegenüber steht aber das Beispiel Sloweniens, das beide Ziele ohne die in der Slowakei entstandene Spannung erfolgreich verfolgt. Für 1997 zeichnet sich ab, daß auch die EU-Osterweiterung in mehr als einer Stufe erfolgen wird. Nach den bisher festgelegten Kriterien haben die Tschechische Republik, Polen, Ungarn und Slowenien die besten Aussichten, in der ersten Erweiterungsrunde dabei zu sein. Da die Slowakei im Unterschied zu den Visegrád-Nachbarn keine konkreten

---

<sup>29</sup> Vgl. die Erklärung der Regierung, zitiert nach DPA, in: Sme, 28.10.1996.

<sup>30</sup> Vgl.: Partnerstvo pre vstup („Beitrittspartnerschaft“), Brüssel, Europäische Kommission, 1997.

Chancen für einen NATO-Beitritt hat, sollte sie sich um so mehr um einen frühen EU-Beitritt bemühen.

## **6. Streitpunkte zwischen der Slowakei und der EU**

Die innenpolitische Entwicklung in der Slowakei verursachte seit Ende 1994 wachsende Besorgnis in der EU. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand zunächst die erste Parlamentssitzung nach den Parlamentswahlen. Anfang November 1994<sup>31</sup> verabschiedeten die Parteien der späteren Regierungskoalition, die eine absolute Mehrheit der Mandate (83 von insgesamt 150) besaßen, eine Reihe von Veränderungen in den Bereichen Wirtschaft, Massenmedien und politische Organisationen. Die Regierungskoalition sicherte sich ein faktisches Monopol bei den audiovisuellen Massenmedien. Alle bedeutenden Parlamentsausschüsse und Organe waren fast oder ausschließlich mit Repräsentanten der stärksten Bewegung und der zwei kleinsten Parteien besetzt. In einer Demarche hat die EU angesichts dieser Ereignisse Besorgnis geäußert und de facto diesen Vorgang als den im Assoziierungsabkommen vereinbarten Verpflichtungen widersprechend kritisiert.

Eine zweite Welle von Demarchen erreichte die Slowakei im Herbst 1995, nachdem die innenpolitische Situation von fortgesetzten negativen Ereignissen geprägt war:

- der unverändert andauernde Zustand, den die erste Demarche bereits kritisierte;
- die Konzentration der politischen Macht ausschließlich bei den drei Regierungsparteien;
- die Machtkonfrontation zwischen den Institutionen, die sich in den ständigen Anstrengungen der Regierungskoalition äußerte, den demokratisch gewählten Staatspräsidenten des Amtes zu entheben;
- der unkooperative und antagonistische Charakter der Beziehungen zwischen Regierung und Opposition;

---

<sup>31</sup> Es handelte sich um zwei aufeinanderfolgende Parlamentssitzungen am 3. und 4.11.1994.



## Der widerspruchsvolle Weg der Slowakai in die EU

- umwälzende Säuberungen in der Staatsverwaltung (führende Stellen wurden ausnahmslos mit Mitgliedern der Regierungsparteien beziehungsweise Anhängern der Regierungskoalition besetzt);
- und der Fall der Entführung des Präsidentensohns nach Österreich, wozu zwei polizeiliche Untersuchungsausschüsse zumindest die Mittäterschaft des slowakischen Geheimdienstes nachweisen konnten, ihre Untersuchung jedoch nicht zu Ende führen konnten, weil sie beide Male vom Innenminister aufgelöst wurden.

In diesem Zusammenhang wurden der slowakischen Regierung erneut zwei Demarchen überreicht, eine von der EU und eine von der Regierung der USA.<sup>32</sup> In beiden wurde Besorgnis geäußert über:

- Spannungen in der slowakischen Gesellschaft und zwischen den Institutionen;
- die fortgesetzte Kampagne gegen den Präsidenten;
- der negative Effekt, den diese Vorkommnisse auf den Prozeß der demokratischen Transformation haben könnten;
- die wachsende Konzentration der Macht in wenigen Händen;
- und das mangelhafte Verständnis für ein Machtgleichgewicht.

In beiden Demarchen betonte man das Bedürfnis der Respektierung der unterschiedlichen Meinungen und wies auf die Notwendigkeit hin, Verfassungsnormen und die aus den Partnerschafts- und Assoziierungsbeziehungen resultierenden Verpflichtungen einzuhalten.

Im November 1995 nahm das Europäische Parlament eine Resolution an, in der die slowakische Regierung dazu aufgerufen wurde, demokratische Prinzipien und Menschenrechte zu respektieren, die Abgeordneten der Demokratischen Union<sup>33</sup> nicht mehr aus dem Parlament auszuschließen und

---

<sup>32</sup> Die EU-Demarche vom 25.10.1995 und die US-Demarche vom 27.10.1995.

<sup>33</sup> Nach Ansicht der Regierung, die zu diesem Zweck eine parlamentarische Sonderkommission einrichtete, ist die Vertretung der Demokratischen Union (8,5 % der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen und 15 Mandate im Parlament) illegal, weil die Partei angeblich vor den Wahlen ungesetzlich Unterschriften für die Zulassung gesammelt hatte. Die Rechtmäßigkeit der Unterschriftensammlung hatte jedoch schon vor den Wahlen die kompetente Wahlkommission bestätigt, während die par-

die unabhängige Untersuchung der Entführung des Präsidentensohnes zu ermöglichen. In der Resolution des EP hat man sogar angedeutet, daß die EU eventuell das Assoziierungsabkommen suspendieren könnte.

Die Reaktionen der slowakischen Regierungsrepräsentanten waren ablehnend, und die Politiker drückten das Gefühl der Kränkung aus. Der Premierminister V. Meciar bezeichnete die EU-Demarche als „unbegründet“ und die US-Demarche bezeichnete als Unfähigkeit der USA, einen gleichberechtigten Dialog mit slowakischen Spitzenpolitikern zu führen. Über die Aufnahme der Slowakei in die EU sagte er, daß die Slowakei aufgenommen werden wird, weil „sie uns brauchen, denn wir sind geopolitisch ein außerordentlich gut gelegenes Land“.<sup>34</sup> Der Sprecher der Regierungsbewegung gab eine Erklärung ab, in der er die Vorgehensweise des EP gegenüber der Slowakei mit der Politik Nazideutschlands beziehungsweise der ehemaligen UdSSR gegenüber der Tschechoslowakei verglich.<sup>35</sup> Allgemein hat die Regierungskoalition die Demarchen als eine Intervention in die inneren Angelegenheiten des Landes verurteilt, während der Präsident der Republik und die Oppositionsparteien die beiden Demarchen und die Resolution als adäquate Antwort auf die Politik der Regierung empfanden und vor der Isolation der Slowakei warnten. Kritik an der Entwicklung in der Slowakei übten auch Institutionen, in denen die Slowakische Republik fest verankert war, wie der Europarat und die OSZE.<sup>36</sup>

Die dritte Welle der Kritik seitens der EU erreichte die Slowakei im Dezember 1996 in Form einer neuen Resolution des Europäischen Parlamentes, nachdem ein regierungskritischer Abgeordneter gegen seinen ausdrücklichen Willen aus dem slowakischen Parlament ausgeschlossen wor-

---

lamentarische Sonderkommission noch vor der Beendigung ihrer Untersuchung vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde.

<sup>34</sup> Trend: Prehľad udalostí za rok 1995 („Die Übersicht der Ereignisse in 1995“), Bratislava 1995.

<sup>35</sup> Vgl.: Meseznikov, G.: Vnútropolitický vývoj a politická scéna SR v roku 1995 („Die innenpolitische Entwicklung und die politische Szene der Slowakei im Jahre 1995“), in: Slovensko 1995 („Die Slowakei 1995“), Bratislava 1996, S. 17.

<sup>36</sup> Die Kritik des hohen Kommissars der OSZE, Max van der Stoel, in: Domino efekt, Nr. 21/96.

den war.<sup>37</sup> Der Mitvorsitzende des Interparlamentarischen Komitees des Nationalrates des Slowakei und des EP, Herbert Bösch, warnte seinen slowakischen Kollegen Húška, daß durch die Mißachtung des freien Abgeordnetenmandats die EU-Chancen der Slowakei sinken würden.

In der Resolution heißt es, daß der Parlamentsabgeordnete sein Mandat grundsätzlich frei ausübt, und wird das slowakische Parlament aufgefordert, den Ausschluß des Abgeordneten noch einmal zu überdenken. Die slowakischen Behörden wurden zugleich angemahnt, den darauffolgenden Bombenangriff auf die Wohnung dieses Abgeordneten zu untersuchen. Es wurde wieder betont, daß die Einhaltung der demokratischen Prinzipien sowohl Bedingung für den EU-Beitritt als auch für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der EU sei.<sup>38</sup> Im Zusammenhang mit diesem Fall wurde anschließend auch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes durch die Koalitionsmehrheit im Parlament mißachtet, in der die Verletzung des freien Mandats durch die Regierungsabgeordneten als ungesetzlich bezeichnet worden war.<sup>39</sup> Dadurch waren die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie nunmehr ganz offen in Zweifel gezogen worden.

Dadurch und durch weitere Schritte, die von der Regierung zwischen dem Herbst 1996 und dem Herbst 1997 unternommen wurden<sup>40</sup>, wurde auch die Gefahr, daß das Assoziierungsabkommen zwischen der Slowakischen Republik und der EU gekündigt wird, wieder aktuell. Die verhinderte Volksabstimmung über den NATO-Beitritt im Mai 1997 nahm EU-Kommissar

---

<sup>37</sup> Der Abgeordnete F. Gaulieder, der für die Regierungsbewegung in das Parlament gewählt wurde, erklärte am 4.11.1996 seinen Austritt aus dem HZDS-Parlamentsklub, weil sich nach seiner Meinung die Regierungsbewegung nicht an das Wahlprogramm hielt. Der Vorsitzende des Parlaments verkündete daraufhin, er habe einen Brief von Gaulieder erhalten, in dem dieser auf die Ausübung seines Mandats verzichtet. Der Abgeordnete bezeichnete den Brief als Fälschung, aber die Regierungsabgeordneten beschlossen in Gaulieders Anwesenheit seinen Ausschluß.

<sup>38</sup> Vgl.: Dokumenty („Dokumente“) - European Parliament: Joint Motion for a Resolution, in: Sme, 14.12.1996.

<sup>39</sup> Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes der Slowakischen Republik Nr. I. ÚS 8/97.

<sup>40</sup> Es handelt sich vor allem um die Annahme des „Republikenschutzgesetzes“ Ende 1996.

Hans van den Broek während seines anschließenden Besuches in Bratislava zum Anlaß zu erklären, daß „Rechtsstaat und Demokratie in der Slowakei nicht genügend verankert sind“ und daß noch vor dem Beitritt in die EU die Slowakei Veränderungen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien vornehmen müßte.<sup>41</sup> Der Slowakei wurde eine „Frist“ bis zum Dezember 1997 - also bis zum Luxemburger Gipfeltreffen - gesetzt. Auf Veränderungen wartete die EU bis zu diesem Zeitpunkt aber vergeblich.

### **7. Die allgemeine Integrationsfähigkeit der Slowakei**

Laut slowakischer Regierung sind beinahe alle erforderlichen Schritte, d.h. die für die EU notwendige Rechtsharmonisierung und die für die NATO nötigen Strukturereformen, unternommen worden. Unter diesem Gesichtspunkt stehe dem Beginn von Verhandlungen über die Änderung der „ungerechten“ Beschlüsse des Luxemburger EU-Gipfeltreffens (sowie des vorherigen Madrider NATO-Gipfeltreffens) nichts im Wege. Im Gegensatz dazu weisen Vertreter der EU (und der NATO) stets darauf hin, daß das Niveau der durchgeführten konstitutionellen und administrativen Reformen, die für die Aufnahme in die EU und in die NATO nötig sind - pluralistisches politisches System, direkt gewähltes Parlament, Gewaltenteilung und zivile Kontrolle über die Armee - vorläufig für die Aufnahme der Verhandlungen nicht ausreichend sei. In bezug auf die EU müßte die Slowakei drei grundsätzliche Bedingungen erfüllen: Das Land muß bereit sein, den *acquis communautaire* der EU zu akzeptieren, die erreichten makroökonomischen Ergebnisse zu stabilisieren und demokratische Institutionen zu stärken, damit Demokratie und Rechtsstaat dauerhaft garantiert sind.

Verglichen mit dem westlichen Standard hat die Slowakei in den Jahren 1994 bis 1998 diese drei Bedingungen aus folgenden Gründen nicht erfüllt:

- Die gesamte politische Macht wurde in den Händen des Regierungschefs konzentriert mit der deutlichen Tendenz, die Gewaltenteilung weiter einzuschränken.

---

<sup>41</sup> Pravda, 30.5.1997.

- Die früher durchgeführte positive Minderheitenpolitik ist durch nationalistische Eingriffe in die grundsätzlichen Fragen betreffs der Sprache, des Schulwesens und der Verwaltung entwertet worden.
- Gegen die Unabhängigkeit der Medien ist verstoßen worden zum Beispiel durch die Besetzung des Rundfunk- und Fernsehrates ausschließlich mit Anhängern der Regierungsparteien und durch das Verbot regierungskritischer Programme.<sup>42</sup>
- Der Einfluß der Regierung auf den privaten Wirtschaftssektor wurde ausgeweitet, weil aus diesen Quellen die politischen Parteien mitfinanziert werden sollen; dadurch wird das Privatisierungsprogramm konterkariert.
- Die vor kurzem gebildeten demokratischen Kontrollorgane wurden entweder liquidiert oder durch administrative Maßnahmen funktionsunfähig gemacht.
- Der internationale Handel wird durch Importbeschränkungen behindert.

Darüber hinaus wurde die slowakische Außenpolitik von den wichtigsten außenpolitischen Partnern als nicht „eindeutig“ bewertet. Einerseits hat die slowakische Regierung nie aufgehört, den Beitritt zu den wirtschaftlichen und politischen Strukturen und der Sicherheitsgemeinschaft in Europa als Grundziel zu verkünden, andererseits stand und steht ihre Innenpolitik häufig im Widerspruch zu den grundlegenden europäischen Normen. Dies wurde insbesondere in den Jahren 1995 bis 1997 offensichtlich, nahm im Laufe dieser Jahre zu und erreichte zur Jahreswende 1996/97 seinen vorläufigen Höhepunkt. Auch die Zusammensetzung der Regierungskoalition ist wahrscheinlich schon eine an sich schwer zu überwindende Bürde für die Integration.

Im Hinblick auf die Beziehungen zu solchen internationalen Organisationen wie OECD, WTO oder IWF wird der Slowakei auch oft die Verfolgung einer ambivalenten Politik vorgeworfen. Die relativen makroökonomischen Erfolge veranlassen die Wirtschaftsexperten der Regierung zu einer deutli-

---

<sup>42</sup> Vgl.: David, M.: Kto ovláda Masmédiá ? („Wer beherrscht die Massenmedien?“), in: Extra S, 26.10.1995.

chen Überschätzung der wirtschaftlichen Position der Slowakei auf den Weltmärkten. Die zugrunde liegende merkantilistische Maxime „Außenpolitik ist vor allem Außenwirtschaftspolitik und daher muß die außenwirtschaftliche Effizienz durch Staatsinterventionen gefördert werden, wenn es zu Konkurrenzproblemen kommt“<sup>43</sup>, hilft der Integrationsfähigkeit der Slowakei insbesondere hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft nur wenig, weil die NATO in einem noch höheren Maße als die EU die nicht rein ökonomischen Aspekte als Bedingung für die Aufnahme betont.

Die Bedingungen für die Aufnahme sowohl in die EU als auch in die NATO sind oft eng miteinander verknüpft, und wenn sie die Slowakei in nächster Zukunft erfüllen will, darf sie sich nicht bloß auf die proklamierten ökonomischen Erfolge stützen. Die slowakische Integrationspolitik leidet - angesichts der deklarierten pro-westlichen Orientierung und des Bemühens der Slowakei, in die EU, WEU und NATO integriert zu werden - an prinzipiellen Integrationsdefiziten. Für den Zeitraum 1994 bis 1998 kann man diese folgendermaßen zusammenfassen:

1) *Wirtschaftliche Defizite*: Zu diesen gehört eine ungünstige Produktionsstruktur. Die makroökonomischen Erfolge dürften deshalb nicht dauerhaft sein, weil die Industrie weniger als 50% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und vorwiegend auf undynamische industrielle Vorprodukte ausgerichtet ist (Vorprodukte des Stahl und Eisen verarbeitenden Gewerbes, chemische Produkte, Nahrungsmittel). Schon im Jahre 1997 zeigte sich eine Senkung der makroökonomischen Indikatoren und bis in das Jahr 1998 erhöhte sich dramatisch die Verschuldung der slowakischen Wirtschaft.<sup>44</sup> Im Bereich der Privatisierung ist man wiederholt unter Nichtrespektierung des Obersten Gerichts der Slowakischen Republik ungesetzlich gegen Investitionsfonds vorgegangen.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Bricke, D.: Die Slowakei auf dem Wege in die Europäische Union, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1995, S. 39.

<sup>44</sup> Vgl.: Miklos, I.: Celkový ekonomický vývoj („Die allgemeine ökonomische Entwicklung“), in: Bútora, M.; Ivantsyn, M., Bratislava 1998, S. 329.

<sup>45</sup> Vgl. Miklos, I. - Zitnanský, E.: Ekonomika („Wirtschaft“), in: Slovensko 1995, S. 73-87.

2) *Innenpolitische Defizite der Integrationspolitik*: Die Unklarheit in der außenpolitischen Orientierung der slowakischen Regierung wird dadurch verstärkt, daß die beiden kleinen Parteien der Regierungskoalition, die *Slovakische Nationalpartei* und die *Vereinigung der Arbeiter der Slowakei* offen für eine nicht klar spezifizierte integrationspolitische Alternative eintreten. Die Führung der beiden Parteien hat sich mehrmals sowohl gegen eine NATO-Erweiterung als auch gegen einen baldigen NATO-Beitritt der Slowakei ausgesprochen. Der führende Koalitionspartner, die *Bewegung für eine demokratische Slowakei*, hat bisher dazu geschwiegen und beschränkte sich auch vor dem wichtigen Gipfeltreffen der EU in Luxemburg auf Erklärungen, daß die programmatische Regierungserklärung ihre Geltung noch nicht verloren hat. Die slowakische Innenpolitik leidet, zumindest soweit sich mit der Integrationsfrage beschäftigt, offensichtlich an strategischen Mängeln. Viele der Fehler sind darauf zurückzuführen, daß man die Folgen mißachtete und es keine langfristigen und realistischen Strategien gibt. Auch die Integrationspolitik - wieder im krassen Widerspruch zu den drei Visegrád-Partnern - hat man der Auseinandersetzung um politische und vor allem wirtschaftliche Macht in dem neuen Staat untergeordnet.

3) *Großes Maß an Abhängigkeit von Rußland*: Die Defizite werden - außer der sicherheitspolitischen Dimension - in der Festigung der Beziehungen zur Russischen Föderation im Wirtschaftsbereich deutlich. Die slowakische Seite bringt zu ihrer Verteidigung vor, daß sie auf den russischen Markt zurückkehren beziehungsweise sich davon nicht verdrängen lassen möchte. Dieses Bestreben ist ohne Zweifel nicht integrationsfeindlich. Besorgniserregend ist aber die Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation auf zwei strategische Bereiche konzentriert: auf die Energiewirtschaft und auf die Rüstungsindustrie. Die Slowakei hat bisher keine sichtbaren Bemühungen um eine Diversifizierung der Energiequellen unternommen. In dieser Hinsicht ist der Vergleich mit der Tschechischen Republik gravierend. Im Unterschied zur Slowakei betreibt Tschechien keine nennenswerte Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie mit Rußland. Tschechien hat außerdem im Gegensatz zur Slowakei, aber auch zu Polen und Ungarn, auf die Ausrüstung der Armee

mit russischen beziehungsweise weißrussischen Waffen verzichtet.<sup>46</sup> Auch wegen der unkritischen Haltung zu Rußland wird die slowakische Integrationspolitik von den westlichen Partnern häufig als doppeldeutig aufgefaßt. Es scheint, wie es bei den Integrationskalkulationen in der Regel geschieht, daß sich die gegenwärtige slowakische politische Elite in ihrem außenpolitischen Kalkül und dem Balancieren zwischen Ost und West wieder einmal auf die „einzigartige geopolitische Lage der Slowakei“ verläßt.

#### **8. Der russische „Vektor“ der slowakischen Entwicklung**

Besonders im Falle der Slowakei ist es evident, daß die potentielle Mitgliedschaft dieses Landes in den westlichen Integrationsstrukturen keine antirussische Spitze haben wird. Viele führende slowakische Politiker argumentieren jedoch mit Thesen, die mit den russischen Argumenten mehr oder weniger identisch sind und verlassen den einheitlichen Kurs, den einst die ganze Visegrád-Gruppe vor der Welt ursprünglich präsentieren wollte. Auch bei Verhandlungen mit der russischen Seite verläßt die Slowakei nicht die beliebte Konzeption der Brücke zwischen Ost und West<sup>47</sup> und betont, daß sie sich zwar um die Integration in gesamteuropäische und transatlantische Strukturen bemüht, aber nicht um jeden Preis. Dialektisch drückte der slowakische Ministerpräsident dies während seines Herbstbesuchs in Moskau 1996 aus.<sup>48</sup>

Auch in anderen Einschätzungen zur Annäherung Ostmitteleuropas an den Westen äußerte sich für die ganze Wahlperiode 1994 bis 1998 die slowaki-

---

<sup>46</sup> Vgl.: CR nemieni nakupovat ruské zbrane („Tschechien will keine russischen Waffen mehr kaufen“), in: Sme, 18.12.1996.

<sup>47</sup> Siehe ausführlich in: Samson, I.: Die Slowakei zwischen Annäherung an Rußland und Westintegration, Berichte des BIOST Nr. 2/1997, Köln.

<sup>48</sup> „Die Slowakische Republik ist sich sehr wohl ihres geopolitischen Wertes bewußt. Wir wollen zwar in Europa integriert werden, was jedoch nicht zugleich bedeutet, daß wir mit dem Westen in allen Fragen übereinstimmen werden. In der internationalen Politik bemühen wir uns um das Gleichgewicht zwischen Ost und West“; abgedruckt in der russischen Tageszeitung Trud, 8.10.1996; zitiert nach: Sme, 9.10.1996.



sche politische Führung oft im Sinne der russischen Argumentation. Bei dem Treffen mit Vertretern ausländischer Medien in Bratislava im Mai 1996 unterstützte der slowakische Ministerpräsident die russische These über die infolge der NATO-Osterweiterung anwachsende Gefahr seitens des Islams und Chinas: „Die schnelle Erweiterung der NATO ohne ein Abkommen mit Rußland wird zur Entstehung der russisch-chinesisch-arabischen Allianz führen“.<sup>49</sup> Die endgültige politische Einstellung zum NATO-Beitritt mußte die slowakische politische Führung schließlich in der mit der NATO-Volksabstimmung verbundenen Wahlkampagne im Mai 1997 äußern. Die zwei kleineren Regierungsparteien (SNS und ZRS), die sich in der Programmklärung der Regierung vom Januar 1995 zu der Integration in die NATO verpflichtet hatten, traten in der Wahlkampagne gegen den NATO-Beitritt auf. Die größte Regierungspartei (HZDS) lehnte es ab, in der Wahlkampagne eine Empfehlung abzugeben und einzelne Spitzenpolitiker der HZDS sprachen sich in der Öffentlichkeit „privat“ gegen den NATO-Beitritt aus.

In dieser Politik läßt sich eine Analogie zu den indossierten Integrationsverhandlungen mit dem tschechischen Teil des Staates in den Jahren 1991/92 über die konföderalistische Gestalt der Tschechoslowakei und zu den ersten Integrationsverhandlungen der unabhängigen Slowakei mit dem Westen 1993 erkennen. Im ersten Falle hieß es: „Wenn ihr nicht auf unsere Forderungen eingeht, dann gehen wir allein.“ Die tschechische Seite ist auf die Forderungen unter diesen Bedingungen nicht nur nicht eingegangen, sie hat sogar auf die sofortige Teilung der Tschechoslowakei gedrängt. Im zweiten Falle hieß es: „Wenn uns der Westen nicht haben will, dann gehen wir nach Osten“. Der Westen gab zu verstehen, daß er unter diesen Bedingungen die Slowakei nicht „haben will“, und die Slowakei verstärkte die Beziehungen zu Rußland und verhielt sich der NATO gegenüber reservierter. Beide Versuche, den Partner unter Druck zu setzen, schlugen fehl.

Man kann behaupten, daß die Slowakei seit dem Jahre 1993 eine eigene *Ostpolitik* führt. Die Grundlage für ein „spezielles Verhältnis“ zu der Rus-

---

<sup>49</sup> Treffen des slowakischen Ministerpräsidenten mit den Vertretern der ausländischen Medien am 8.5.1996, zitiert nach: Sme, 9.5.1996.

sischen Föderation wurde in zwei wichtigen bilateralen Abkommen schon in dem Jahre 1993 gelegt. In dem ersten dieser Abkommen, in dem sogenannten Grundvertrag<sup>50</sup>, verbinden beide Seiten die europäische Sicherheit ausschließlich mit der OSZE<sup>51</sup> und lehnen Versuche ab, die zu einer „neuen Teilung Europas“ führen.<sup>52</sup> Die Anerkennung der OSZE als faktisch wichtigste Institution in Fragen der europäischen Sicherheit ist sonst in keinem anderen Grundvertrag, den Rußland mit einem anderen zentraleuropäischen Land unterzeichnete, zu finden. Das zweite dieser Abkommen ist ein Abkommen zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder<sup>53</sup>, in dem eine über dem üblichen Standard liegende militärische Zusammenarbeit beschlossen wurde. Bildet der Widerspruch zwischen der deklarierten pro-westlichen Außenpolitik und der eigenen Innenpolitik die eine Dichotomie der offiziellen slowakischen Integrationspolitik, so ist der Widerspruch zwischen der slowakischen West- und der Ostpolitik die andere. Letzterer, der auch von außenstehenden Beobachtern als klarer Widerspruch aufgefaßt werden muß, stützt sich im Grunde genommen auf den ersten. Das Balancieren der Bemühungen um Rußland und um die westlichen Partner scheint zu überschätzen, was die kleine Slowakei in solch einem Spiel einzusetzen hat. Dieses Phänomen hat ein in der Slowakei lebender russischer politischer Schriftsteller sehr treffend benannt:

„Die Ostpolitik Meciar ist zu einem großen Teil die Folge des Mißerfolgs seiner Politik im Westen. Es blieb einfach nichts anderes übrig, als sich dem Osten zuzuwenden. Aber infolge dieser Notwendigkeit kann seine Politik sowohl im Westen als auch im Osten verdächtig erscheinen. So schaut das kurze Schema der geopolitischen Sackgasse der Politik Meciar aus. Der im Westen abgewiesene Meciar zieht die relativ wohlhabende Slowakei gegen Osten, an die Seite Rußlands,

---

<sup>50</sup> „Der Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Slowakischen Republik“ wurde am 26.8.1993 von den Präsidenten beider Staaten, B. Jelzin und M. Kováč in Bratislava unterzeichnet und ein Jahr später vom slowakischen Parlament ratifiziert.

<sup>51</sup> Im Artikel Nr. 5 des Grundvertrages.

<sup>52</sup> Im Artikel Nr. 9 des Grundvertrages.

<sup>53</sup> Der Vertrag über die militärische Zusammenarbeit, die auch am 26.8.1993 unterzeichnet wurde.

## Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU

das in Ruinen liegt und sich immer mehr dem Westen zuneigt. Es entsteht eine geradezu komische Situation. Rußland hat heute die pro-westlichste Regierung seiner gesamten tausendjährigen Geschichte. Es neigt sich, fast zu eindeutig, dem europäisch-amerikanischen Entwicklungsweg zu. Der Westen lehnt Jelzins Team, das an der Spitze der prowestlichen Reformen steht, nicht nur nicht ab, sondern betet im Gegenteil darum, daß sich dieses Team über Wasser halten kann. Und der vom Westen abgelehnte charismatische Meciar sucht zur selben Zeit Moskaus Freundschaft und Schutz“.<sup>54</sup>

Auch wenn die Überzeugung von der „fast eindeutigen“ Verfolgung des europäisch-amerikanischen Entwicklungsweges durch Rußland fast zu optimistisch erscheint, die slowakische Integrationspolitik scheint überhaupt keine klare Konzeption zu haben und ein schweres Defizit an pragmatischer Orientierung in die nächsten Jahrzehnte zu tragen. Vorausgesetzt es gelingt Rußland, sich dem „euro-amerikanischen Weg“ anzuschließen, liegt das Erreichen dieses Zieles in einer unabsehbaren und mühsamen Zukunft, die die Slowakei mit Rußland teilen wird. Im Falle, daß Rußland diesen „Entwicklungsweg“ schließlich nicht einschlägt, liegt die nach 1989 in der Slowakei proklamierte „Rückkehr nach Westen“ in noch fernerer Zukunft.

### **9. Integrationsaussichten der Slowakei nach den Wahlen im September 1998**

Der Ausgang der am 25. – 26. September abgehaltenen Wahlen zum Nationalrat der Slowakischen Republik hat aus Sicht der Integrationspolitik theoretisch gute Resultate gebracht.<sup>55</sup> Alle politischen Kräfte, die sich in den Jahren 1994 – 1998 uneindeutig für die Integration der Slowakei so-

---

<sup>54</sup> Sergej Chelemendik, in: *Národná obroda*, 25.11.1995, zitiert nach: Wlachovský M.: Die doppelsinnige Außenpolitik der Regierung Meciar (Teil I), Aktuelle Analysen des BIOST, 25.11.1996, Köln, S. 4-5.

<sup>55</sup> Nach offiziellen Ergebnissen gewannen die bisherigen Oppositionsparteien die verfassungsmäßige Mehrheit – 93 von insgesamt 150 Mandaten. Insgesamt stimmten für die Parteien, die die neue Regierung stellten, 57% der Wähler. Im neuen Parlament sind 6 politische Subjekte vertreten, darunter zwei, die durch die gescheiterte Integrationspolitik der Jahre 1995 – 1998 diskreditiert sind: Die HZDS (Bewegung für die Demokratische Slowakei mit 27 % der Stimmen und 43 Mandaten und die SNS (Slowakische Nationalpartei) mit 9% der Stimmen und 14 Mandaten. Siehe in: *Národná obroda*, 28.9.1998.

wohl in die NATO als auch in die EU eingesetzt hatten, traten der Regierung bei. Insbesondere die Regierungsteilnahme der Partei der ungarischen Minderheit – der SMK (Partei der Ungarischen Koalition) – bedeutet eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung der slowakischen politischen Szene. Durch diesen Schritt versucht die Slowakei, einen der wichtigsten Vorwürfe seitens der EU – demokratische Defizite in der Minderheitenpolitik – zu entschärfen. Die neue slowakische Regierung ging auch auf die zwischen 1994 und 1998 geäußerte Kritik der EU ein indem sie die Vorwürfe als berechtigt akzeptierte. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich also diametral vom Verhalten der abgewählten nationalistischen Regierung.

In der Bilanz der Außenpolitik in Zeitraum 1994/95 bis 1998<sup>56</sup> betrachtete diese Regierung den Ausschluß aus der ersten EU-Osterweiterungsrunde als ungerecht. Es wurde weiter behauptet, daß die Europäische Kommission in dem Gutachten vom Juli 1997 „einige Übergangsprobleme im Rahmen der Transformationsprozesse überschätzte“, wobei auf die konkreten Vorwürfe nicht eingegangen wurde. Die Slowakei hätte in den Jahren 1994 bis 1998 die Beitrittsbedingungen immer erfüllt und gehe davon aus, daß das Land im Horizont der Jahre 2003 bis 2005 im Rahmen „der Gruppe die man als die erste in die EU aufnimmt“<sup>57</sup> der EU beitreten wird. Diese optimistische Auffassung wird in 1998 auch von den im September 1998 siegreichen politischen Parteien<sup>58</sup> entschieden geteilt. Bereits vor den Wahlen hatte man vorausgesetzt, daß die Wiedereingliederung in die erste Gruppe der Länder, mit denen die EU die Beitrittsverhandlungen führen wird, ein-

---

<sup>56</sup> Odporúčanie Programového vyhlásenia vlády SR na 49. schodzí Národnej rady SR dna 10. Júla 1998 („Die Bilanz der Programmklärung der Regierung an der 49. Sitzung des Nationalrates der SR am 10. Juli 1998“).

<sup>57</sup> Ebd., S. 4.

<sup>58</sup> Gemeint sind die rechts von der Mitte stehende SDK (Slowakische Demokratische Koalition), die postkommunistische SDL (Partei der Demokratischen Linken), die links von der Mitte stehende SOP (Die Partei der Bürgerlichen Verständigung) und die überwiegend konservative SMK (Partei der Ungarischen Koalition).

fach durch die Wiedergutmachung der von der vorherigen Regierung verursachten demokratischen Defizite bedingt ist.<sup>59</sup>

### *Die neue außenpolitische Strategie der Regierung*

Die neue außenpolitische Strategie der Regierung stützt sich nicht nur auf die bei den Wahlen erzielten Resultate, sondern auch auf das ungewöhnlich hohe Interesse der jungen Bürger, insbesondere der Erstwähler, an dem Wahlprozeß.<sup>60</sup> Das Vorwahlversprechen der jetzigen Regierungsparteien – die Slowakei wieder integrationsfähig machen – wurde auch nach den Wahlen wenigstens in dem Sinne gehalten, daß in der Programmklärung der neuen Regierung die Integration in die EU als „strategisches Ziel“ und „eine der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Prioritäten“ dargestellt wird.<sup>61</sup> Der erste Auslandsbesuch des neuen slowakischen Ministerpräsidenten M. Dzurinda führte erwartungsgemäß nicht nach Prag (was auch in Erwägung gezogen worden war) sondern nach Brüssel, wo er die slowakischen Integrationsabsichten verstärkt proklamierte. In Teilerklärungen haben die Integrationsprioritäten auch das Außenministerium und das Verteidigungsministerium bestätigt. Die altneuen Chefs dieser Ressorts (E. Kukan und P. Kanis) haben nach der Amtsübernahme zu den wichtigsten Aufgaben ihrer Ministerien auch die neue Bewertung der mit der Russischen Föderation abgeschlossenen Verträge gezählt, in der Programmklärung wurden jedoch diese Prioritäten nicht erwähnt.

Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wurde die Mitgliedschaft des Landes in der NATO in einer „möglichst kurzen Zeit“ angekündigt und die Regierung hat sich verpflichtet, trotz der problematischen Wirtschaftslage, den

---

<sup>59</sup> Siehe die Präsentation der Wahlprogramme der politischen Parteien in: Trend, 26.8.1998.

<sup>60</sup> Die Wahlbeteiligung betrug 84, 2% (im Jahre 1994 waren es rund 79%).

<sup>61</sup> Siehe in: Programové vyhlásenie vlády Slovenskej republiky („Die Programmklärung der Regierung der Slowakischen Republik“), 4/D – Außenpolitik, Bratislava, November 1998, S. 38. Die Programmklärung war nach kleineren Kontroversen innerhalb des Regierungslagers im Parlament am 2. Dezember 1998 gebilligt, siehe in: Sme, 3. 12. 1998.

Finanzverpflichtungen, die sich für die Slowakei als ein beitrtrittswilliges Land der NATO gegenüber ergeben, nachzukommen.<sup>62</sup>

### *Wunschvorstellungen und Realität*

Die nach den Septemberwahlen zustandegekommene Regierungskoalition stellt offensichtlich vor allem einen zweckmäßigen und heterogenen Block dar. Es handelt sich um ein Konglomerat von vier politischen Strömungen, die oft entgegengesetzten politischen Wertorientierungen angehören. Nur eine der vier Regierungsparteien, die postkommunistische SDL (*Partei der Demokratischen Linken*)<sup>63</sup> kann man als eine ideologisch fest ausgerichtete politische Kraft bezeichnen. Demgegenüber repräsentiert die größte Regierungspartei, die SDK (*Partei der Demokratischen Koalition*), die den Regierungschef stellte, einen lockeren Bund von fünf Parteien. Ihre politischen Werte reichen von links (*Sozialdemokratische Partei der Slowakei*) über grün (*Die Partei der Grünen in der Slowakei*) und liberal (*Demokratische Union*) bis zu der christlich-demokratischen KDH (*Christlich Demokratische Bewegung*) und der intellektuellen bürgerlichen DS (*Demokratische Partei*). Die unkonkrete, aber eindeutig linksorientierte SOP (*Partei der Bürgerverständigung*), die, ähnlich wie die SDL meistens aus Politikern mit kommunistischer Vergangenheit besteht und an deren Spitze, ähnlich wie an der Spitze der SDL sogar ehemalige Nomenklatura-Funktionäre stehen sowie die rein ethnisch funktionierende SMK (*Partei der Ungarischen Koalition*) ergänzen die Regierungskoalition.<sup>64</sup> In dieser Koalition, die als ein notwendiges Übel zustande kam, um dem vulgären und populistischen Nationalismus der Meciar Regierung Halt zu gebieten,

---

<sup>62</sup> Siehe die slowakische Präsentation „Die Slowakei nach dem Regierungswechsel – Weichenstellungen für eine neue Politik“, an dem Franz-Joseph-Strauss Symposium am 30. 11. - 1. 12. 1998 in München.

<sup>63</sup> Zu ergänzen wäre: ...der Tschechoslowakei, bzw. ihrer slowakischen Branche, der KPS – die Nachfolgepartei der ehemaligen total regierenden KPTsch – Kommunistischen Partei der Slowakei.

<sup>64</sup> Die Wahlergebnisse der Regierungsparteien bei den Septemberwahlen: Die SDK - 26,3%; die SDL - 14,7%; die SMK - 9,1%, die SOP - 8,0% (die Wahlergebnisse der ehemaligen Regierungsparteien: Meciar's Bewegung (HZDS) - 27%; die Slowakische Nationalpartei (SNS) - 9,1%. Siehe in: Slovak Monthly Report, No. 9/98, S. 1.

findet man also ehemalige Opfer der kommunistischen Verfolgung neben den ehemaligen Verfolgern sowie antiungarisch eingestellte Politiker (SDL) neben Verteidigern der Minderheitenrechte (DS, SMK). Schon in den ersten Wochen nach den Septemberwahlen gerieten die einzelnen Regierungssubjekte in mehrere Widersprüche, aus denen sich langfristig insbesondere ein Konflikt zwischen den Christdemokraten (KDH) und den Postkommunisten (SDL) abzeichnet, wobei beide Lager schon auch über potentielle Verbündete in der Regierung und im Parlament verfügen: Die KDH über die SMK und die SDL über die SOP. Die Überlebenschancen dieser Regierung werden von politischen Analytikern als nicht zu hoch eingeschätzt.<sup>65</sup> Mit der wahrscheinlichen Einschaltung der antiungarischen Emotionen in der Gesellschaft kann man in die weitere politische Entwicklung in der Slowakei ganz realistisch ähnliche Probleme einkalkulieren, die schon die Funktionsfähigkeit der rumänischen demokratischen Koalition nach den Parlamentswahlen in 1996 paralyisierten.

Obwohl die Rückkehr der Slowakei in die Gruppe der an der Spitze stehenden postkommunistischen Reformstaaten theoretisch nicht auszuschließen ist, handelt es sich auch nach den Septemberwahlen wahrscheinlich mehr um eine außenpolitische Illusion als um eine reale Einschätzung der Entwicklung sowohl in Europa als auch in der Slowakei. Die Aufnahme der fünf für den EU-Beitritt auf dem Luxemburger Gipfeltreffen vorgeschlagenen postkommunistischen Länder bedeutet für die EU eine zu starke Belastung, als daß sie den Kreis noch weiter ausdehnen könnte. Die unmittelbaren Pläne einiger Regierungsmitglieder nach der Bildung der neuen slowakischen Regierung haben nicht nur eine Möglichkeit der Neubewertung der EU-Erweiterungsstrategie sondern - verhältnismäßig utopisch - sogar eine Veränderung des NATO-Beschlusses von Madrid im Sommer 1997 angedeutet. Positive Reaktionen seitens der EU erwartete man schon auf dem Wiener Gipfeltreffen im Dezember 1998. Während die Reaktionen des Europäischen Parlaments zuerst den slowakischen Optimismus hatten

---

<sup>65</sup> Siehe z. B. die politischen Analysen von S. Hríb in: Domino Forum, No. 45/1998 und 48/1998.

stärken können,<sup>66</sup> an der anschließenden Beratung der EU-Außenminister wurden jedoch die Chancen der Slowakei, in die erste Gruppe der EU-Anwärter zurückzukehren, viel nüchterner bewertet.<sup>67</sup>

Neben der Modernisierung des Staates steht die Regierung stets vor einer Aufgabe, die in den sich transformierenden Nachbarländern (Ungarn, Polen, Tschechien) schon bewältigt wurde: der Etablierung der Rechtsordnung und des damit verbundenen Rechtsbewußtseins der Gesellschaft. Die Lösung von Problemen in der rechtlich-politischen Sphäre nach den Septemberwahlen zeigt, daß die Emanzipation des Rechtsbewußtseins von machtpolitischen Eingriffen in der Slowakei nach beinahe zehn Jahren postkommunistischer Entwicklung nur minimal fortgeschritten ist.<sup>68</sup> Bei kritischer Komparation mit den sich transformierenden zentraleuropäischen Nachbarländern kann nicht übersehen werden, daß die slowakische Gesellschaft erst Ende 1998 die Probleme zu lösen versucht, die man schon nach 1989, bzw. nach 1992 unbedingt in Angriff nehmen sollte. Die Gesellschaft hat die objektiv festgestellten Verletzungen der Rechtsnormen durch den Staat nach 1992 überraschenderweise passiv hingenommen und dies weist nicht nur auf ein (relativ schnell behebbares) politisches Defizit sondern auch auf ein tiefes und langfristiges soziologisches Problem hin. Auch wenn sich in der Slowakei im September 1998 die Regierungsverhältnisse veränderten, gibt es genügend Argumente zu Befürchtungen, die Slowakei befände sich auf dem Entwicklungsstadium der Gesellschaften von Rumä-

---

<sup>66</sup> Siehe die Verabschiedung der Resolution des EP vom 3. Dezember 1998, in der eine schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Bratislava über die Beitrittsmöglichkeiten und die Neubewertung der Situation in der Slowakei durch die Europäische Kommission gefordert werden. Siehe in: *Sme*, 4. 12. 1998.

<sup>67</sup> Die Beratung der EU-Außenminister am 7. 12. 1998, die dem Wiener Gipfeltreffen empfahl, über die Erweiterung der ersten Gruppe von EU-Kandidaten erst auf dem vorbereiteten Helsinki Gipfeltreffen in 1999 zu diskutieren. Siehe in: *Národná obroda*, 8. 12. 1998.

<sup>68</sup> Die neue Regierung hat Ende 1998 begonnen, die Spitzenvertreter der Justizgewalt wegen der Kollaboration mit der vorhergegangenen Staatsgewalt bei Verletzung der Gesetze (durch Novellen der Gesetze im Parlament) ihrer Positionen zu entheben.



nien oder Kroatien, mit denen das Land typologisch oft verglichen wird.<sup>69</sup> Die Slowakei hat das günstige Moment für Beitrittsverhandlungen infolge der innenpolitischen Defizite und der Probleme auf dem Gebiet der Demokratie verpaßt. Durch die Parlamentswahlen wurden zuerst die Machtverhältnisse im Parlament verändert und eine neue Regierung gebildet. Diese Regierung wird jedoch Beweis für ihre Stabilität liefern müssen.

Es ist keineswegs sicher, ob die neue Regierung fähig sein wird, die Defizite, die zum Ausscheiden aus der ersten Gruppe führten, genügend grundsätzlich zu korrigieren. Die neue Regierung muß unter anderem unpopuläre und die Emotionen berührende Entscheidungen etwa hinsichtlich der Politik gegenüber den Minderheiten treffen (Status der Minderheitensprachen), strafrechtliche Verfolgung von Politikern, die einerseits krimineller Straftaten verdächtig werden, die aber andererseits vom Mythos der Schöpfer der „unabhängigen Slowakei“ umgeben sind, usw. Darüber hinaus ist es keineswegs sicher, ob der etwaige Umschwung in den Präferenzen der Wähler von Dauer sein wird. Aus diesem Gesichtspunkt wird man wahrscheinlich erst nach einem weiteren Wahlzyklus (geplant für 2002 bis 2006) die wirkliche Integrationsbereitschaft der Slowakei feststellen können.

---

<sup>69</sup> Siehe die komparative Studie in: Lucescu, P.: God Save Romania and the Slovak Republic in: Os, No. 12/1998, S. 20 – 21.



---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-31-7

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**  
**Center for European Integration Studies**  
*Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>